

## **Politik des Weghörens muss endlich aufhören**

Landes-ASten-Konferenz (LAK) in Karlsruhe: Antworten des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur werden dringend gefordert

Die großen Themen der Landes-ASten-Konferenz am Sonntag, 12. Januar, am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) waren das landesweite Semesterticket, die Kommunikation mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK), die Landeshochschulgesetz-Novelle (LHG-Novelle) und die mit ihr verbundenen Gebühren, der Studierendenschaftsbeitrag, die Masterplatzgarantie und die Prüfungsordnungen.

### Semesterticket

Ein Vorschlag für die Allgemeinerung des Modells für ein landesweites Semesterticket soll vom Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) als Vorlage für die kleineren Verkehrsverbände angefertigt werden. Die Kosten-Umrechnung auf die einzelnen kleineren Verbände wird wohl noch etwas dauern. Im Konsens mit allen Beteiligten wurde ein Modell als das sinnvollste angesehen, unter anderem von Verkehrsministerium und MWK, das sogenannte 1-Komponenten-Modell.

Ein Beispiel für das rege Interesse der Studierenden am Thema landesweites Semesterticket: Am KIT haben circa 4600 Teilnehmer an einer Studi-Ticket-Umfrage des Karlsruher AStA am KIT mitgemacht. Die Umfrage lief online über zwei Wochen. Außerdem gab es einen Informationsstand des AStA auf dem Campus, mit Abstimmungsmöglichkeit vor Ort.

### Einführung der Verfassten Studierendenschaft

Die Kommunikation mit dem MWK bezüglich Fragen zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft war in der Vergangenheit schwierig, Anträge seitens der LAK wurden vom MWK ignoriert. Ein offener Brief an Ministerpräsident Kretschmann soll diesem Umstand Abhilfe verschaffen.

Angefügt werden soll ein Aktivitätsprotokoll (Brief- / Mailverkehr) mit Datum und Betreff der jeweiligen Anfrage. Es wird im offenen Brief um einen Gesprächstermin wird gefragt werden, dieser kann umgehend stattfinden.

### Landeshochschulgesetz-Novelle

Die Novellierung des Landeshochschulgesetzes (LHG) weist noch einige Unannehmlichkeiten für die Studierenden in Baden-Württemberg auf. Die Gebührensätze für Studierende sollen erhöht werden, allerdings ist noch nicht sicher, in welcher Höhe. Die Landesministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer, scheint in der LHG-Novelle mehr eine Umstellung von Muss- auf Kann-Regelungen zu sehen. Die Frage ist bislang unbeantwortet: Ist dies wirklich so oder sollen die Gebührensätze für Studierende erhöht werden?

Ein weiterer Meilenstein muss erreicht werden: Die Masterplatz-Garantie. Der Bachelor ist nicht immer so berufsqualifizierend wie er angepriesen wird. Außerdem sollen die Höchstsemesterzahl beziehungsweise die Regelstudienzeit hochgesetzt werden, denn zehn Semester sind oftmals nicht ausreichend. Es gibt nur für zehn Semester BAföG, eine finanzielle Unabhängigkeit ist für manche Studierenden somit nicht mehr möglich. Freie Bildung sollte in Deutschland allerdings gewährleistet sein.

### Prüfungsordnungen

Probleme mit den Prüfungsordnungen an den einzelnen Hochschulen werden vom Präsidium der Landesstudierendenvertretung (LaStuVe) nun gesammelt und an das Ministerium geschickt. Gerade Fälle von Studiengängen mit bisher nur vorläufiger, nicht abgestimmter Prüfungsordnung an kleineren Hochschulen erscheinen der LAK also besonders pikant und brisant, da einige Studierende ihre Zwischenprüfungen aufgrund dieser Missstände nicht ablegen können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Weiterführende Informationen sowie Kontakt-Adressen finden sich online unter [www.lastuve-bawue.de](http://www.lastuve-bawue.de).